

Bauwirtschaft will Klima weniger belasten

Verband fordert ökologische Kriterien bei Vergabe

MANNHEIM. Der Verband Bauwirtschaft Nordbaden fordert, dass bei öffentlichen Auftragsvergaben auch die Nähe des anbietenden Betriebs zum Einsatzort als ökologischer Gesichtspunkt eine Rolle spielen muss. Hierdurch würden Umweltbelastungen vermieden und gleichzeitig auch die regionale Bauwirtschaft gefördert, heißt es in einer Mitteilung.

Die Baubranche ist sehr maschinen- und energieintensiv. Beim Betrieb von Baustellen entsteht das Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂) in großen Mengen. „Das ist im Regelfall unvermeidbar“, sagt Thomas Möller, Hauptgeschäftsführer des Bauverbands aus Mannheim. „Vermeidbar sind aber unnötige zusätzliche Klimabelastungen, die dadurch entstehen, dass die öffentliche Hand auch bei überschaubaren Losgrößen Aufträge an Unternehmen vergibt, die teilweise überhaupt nicht in der Region ansässig sind und deshalb Hunderte von Kilometern vom Betriebsitz zur Baustelle zurücklegen müssen“, so Verbandschef Möller.

Häufig sei zu beobachten, dass die öffentliche Hand ausschließlich auf den Preis als entscheidendes Kriterium für einen Zuschlag abstelle, kritisiert der Verbandschef.

Daher sei es keine Seltenheit, dass auch Unternehmen aus den entferntesten Winkeln der Republik beauftragt würden. Dies führe zwangsläufig dazu, dass zumindest für die Baustelleneinrichtung und bei Beendigung Personal und schweres Gerät über weite Strecken transportiert werden müsse. Folge sei ein hoher Kohlendioxidausstoß.

Dass die Forderung beim zuständigen Wirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP) Gehör finden könnte, darf bezweifelt werden. Im Mai hatte Pfister in einer Stellungnahme deutlich gemacht, dass „das primäre Ziel der öffentlichen Beschaffung darin besteht, dass die öffentliche Hand im Hinblick auf ihre Verantwortung für die Staatshaushalte und die von ihr treuhänderisch verwalteten Steuergelder das Angebot mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis finden“ müsse. „Es muss vermieden werden, dass sekundäre Aspekte wie Umweltschutzgesichtspunkte oder Öko- und Sozialstandards die entscheidende Rolle spielen und Faktoren wie Qualität und Kosten in den Hintergrund gedrängt werden.“ Jeder zusätzliche sekundäre Aspekt mache Vergabeverfahren der öffentlichen Hand für Unternehmen und Verwaltung bürokratischer und teurer. (leja)